

Bezugspreise:
Monatlich
Bogen 2,50 Mk.
die Bogen (auschl.
Postgebühren) 4,50 Mk.
Jahrespreis 54 Mk.
Zusatz für Post und
Verpackung 1,50 Mk.
Druck und Verlag
H. G. Sommer,
505 Gmü und Weg.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen
Die Anzeigen der 1. 40 3
Anzahl der Zeilen 10 3
Kleinanzeigen 1,50 3

Ausgabensteuer:
Diez, Rosenstraße 16.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Gmü

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 53

Freitag, den 13. März 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Rechtsradikaler Uniserversch in Berlin.

Mz Berlin, 12. März. Ueber den rechtsradikalen Uniserversch in Berlin, der von Kapp, Hauptmann a. D. Kapp und die rechtsradikale Gruppierung und Schnitzler in der Hauptstadt verhängt worden. Die beiden Gruppierungen waren nicht aufzufinden. Die Sicherheits- und Reichswehr in Berlin sind heute in Alarmbereitschaft. Von zünftiger Seite wird dazu mitgeteilt, daß in Berlin seit einiger Zeit das Treiben einer rechtsradikalen Gruppe eingetriggt, deren Bestreben auf Umsturz hinausläuft. Es ist auch mitgeteilt, daß die Reichswehr der Nationalversammlung sowie der Preuss. Landesversammlung der Sache nachsehen.

Mz Berlin, 13. März. Die in Döberitz konzentrierten Truppen, darunter die beiden Marinebrigaden Ehrhardt und Dönitz sind nach Berlin vorgerückt und haben gegen 1/5 Uhr heute früh am Bahnhof Tiergarten.

Mz Berlin, 13. März. Wie wir hören, hat General von Odenhausen im Laufe der Nacht mit der Marinebrigade Ehrhardt verhandelt. Die von der Front gestellten Forderungen wurden während der Nacht vom Kabinett, das bis gegen den frühen Morgen tagte, beraten. Die Forderungen wurden abgelehnt. Die Truppen sind in Berlin eingetroffen und haben um 6 Uhr früh die Wilhelmstraße besetzt. In Gewalttätigkeiten scheint es bisher nicht gekommen zu sein. Die sozialistische Partei Deutschlands proklamiert den Generalstreik.

Mz Berlin, 13. März. Ueber die Bedrohung Berlins durch einen militärischen Putsch schreibt das Berl. Tageblatt: Etwa 8000 Mann gegenrevolutionäre Truppen, die sich um die beiden Brigaden Ehrhardt und Dönitz gruppieren, sollen die Absicht gehabt haben, in der Nacht gegen Berlin zu marschieren, um die Regierung in ihre Hand zu bringen. Es scheint sich nicht um einen ausgesprochenen monarchistischen Putsch zu handeln, sondern um den Versuch einer Reihe von Offizieren, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und ein ihnen genehmes Ministerium aus lauter Hochleuten mit monarchistischem Diktator an der Spitze zu errichten. Auf Antrag der Regierung führte Admiral von Troitz nach Döberitz, um die Gegenrevolutionäre von ihrem politisch unmöglichen Staatsstreich abzuhalten. Der Admiral schickte in den ersten Nachmittagsstunden nach Berlin zu, nachdem er den Versuch gemacht hatte, die Truppen in Döberitz einzulagern. Es scheint eine gewisse Entspannung eingetreten zu sein, aber der Admiral betonte, daß die Situation von Stunde zu Stunde sich verschärfen könne.

Das Urteil im Erzberger-Prozess.

Mz Berlin, 12. März. Im Prozess Erzberger-Gesellschaft wurde der Angeklagte Dr. Gessler wegen fortgesetzter Verunglimpfung im Sinne der §§ 185 und 186 zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Mz Berlin, 13. März. Nach dem Urteil wird Reichsfinanzminister Erzberger im Laufe des heutigen Tages sein Abschiedsgesuch überreichen. Er würde jedoch verurteilt sein Mandat als Abgeordneter der Nationalversammlung niederlegen und auch ferner im Zentrum bleiben. (Nach einer anderen Meldung liegt das Gesuch bereits vor.)

Mz Preßstimmen liegen u. a. folgende Aussagen vor, die sich besonders mit Erzbergers Person beschäftigen. So schreibt die Tägliche Rundschau: Dem Führer und Begründer der neuen Regierungsmehrheit ist durch gerichtliches Urteil die moralische Fähigkeit aberkannt worden, fernerhin eine politische Rolle zu spielen. einen Ministerposten zu bekleiden, oder die Leitung der Zentrumspartei beizubehalten. — Die Köln. Volkszeitg. schreibt am Schluß ihres heutigen Artikels: Erzberger hat in seiner Schlussschöpfung die Welt zugestanden. Unvorstellbar beängstigend und zu große Vertrauenswürdigkeit bewiesen zu haben. Er hat es auch dann und wann a dem richtigen Takt gesehen. Für einen Ausbund von Schlichtheit und Korruption, als den seine Gegner ihn hinstellen möchten, hat er sich ihm darum aber keineswegs. Immerhin hat er sich an seinem Geiste. Und die Rücksicht auf die Unpopulabilität, die in der Politik eine so große Rolle spielen, zwingt Herrn Erzberger und die Zentrumsfraktion zu Überlegen, welche Schlussfolgerungen aus den Prozessverhandlungen im Interesse der Partei und Erzbergers selbst zu ziehen sind. Wie möchten in dieser Beziehung auch jetzt noch in keiner Weise dem Urteil der maßgebenden Instanzen vorgehen. Die Zentrumsfraktion und der Parteivorstand werden sich mit der Angelegenheit befassen. Man muß Erzberger als Ganzes nehmen. Seine durchsichtige Natur kann nur eine weitere Zeit in allem gerecht beurteilen.

— Einspruch im Prozess. Wie die R. V. hört, haben Ministerialdirektor von Schöned und der Abgeordnete an den Vorständen der Staatskammer vor welcher der Prozess Erzberger gegen Gessler verhandelt wurde, kürzlich das Ersuchen gerichtet, sie vor der Urteilsverkündung am Freitag noch einmal als Zeugen zu vernehmen. Herr von Schöned hat sich durch das Verhalten des Oberstaatsanwalts Krause in der Verhandlung und dessen Erklärung in der Presse veranlaßt gesehen, an den preussischen Justizminister um Befehl einer Beschwerde zu richten, die im Justizministerium eingegangen ist.

— Die Verurteilung Erzbergers. Wie der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus Erzbergers Kreis geschrieben wird, wird die Verurteilung nach dem Urteil auf Erzberger in der Presse erschienenen Krankheitsberichte über Art der Verwundung und Befinden des

Verurteilten von der Berliner Ärztekammer unter dem Gesichtspunkt ihrer Verantwortlichkeit mit der Standes-ehre zum Gegenstand einer Nachprüfung gemacht werden. Aus den Verhandlungen hat sich ergeben, daß diese Nachprüfung weder von dem Patienten selbst noch von dem Hausarzt Dr. Bleich vor ihm in Anspruch genommen war, ausgegangen sind. Nach Lage der Dinge muß angenommen werden, daß die in Rede stehenden Nachrichten von dem Hausarzt Erzbergers Dr. Bleich stammen. Da sie das Ansehen des Arztes nicht wenig gefährden, steht die Eröffnung eines Verfahrens gegen den Genannten unmittelbar bevor.

Das wirtschaftliche Manifest.

Die Times veröffentlicht den Wortlaut des wirtschaftlichen Manifestes in der Fassung, wie es am 8. März vom Obersten Rat gebilligt worden ist. Wir entnehmen dem umfangreichen Dokument folgendes:

Unter dem Kapitel: Kreditischwierigkeiten heißt es: Die auf der Konferenz vertretenen Mächte erkennen die Notwendigkeit fortgesetzter Zusammenarbeit in dieser Angelegenheit an, und sie werden auch weiterhin über die Beschaffung und Verteilung der erforderlichen Rohstoffe und Lebensmittel beraten, um möglichst bald wieder zu normalen Verhältnissen zu kommen. Sie anerkennen weiter die besondere Lage der verwundeten Länder, besonders Frankreichs, im Hinblick auf die ausgedehnte Verwundung seines Gebietes, die daraus sich ergebende Verringerung seiner Hilfsmittel und die drückende Kapitalansage, die es vornehmen muß, um die zerstörten Gebiete wiederherzustellen. Die Wiederherstellung der vernünftigen Gebiete geht dem Wiederaufbau Europas vor. Sie haben ferner die besondere Lage Deutschlands in Betracht gezogen, wo gegenwärtig die produktive Tätigkeit infolge der Zerstörung von Handelswegen und infolge der Tatsache vermindert ist, daß seine Wiedergutmachungsverpflichtungen noch gänzlich unbekannt sind. Es ist deshalb im Interesse ebenso sehr der alliierten Länder wie Deutschlands dringend wünschenswert, daß die Gesamtsumme der Deutschland nach dem Versailler Vertrage obliegenden Wiedergutmachungszahlungen sobald wie möglich festgesetzt und Deutschland ermächtigt werde, notwendige Lebensmittel und Rohstoffe zu erlangen, sowie daß es ihm, wenn nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission erforderlich, erlaubt werde, zur Befriedigung seiner unmittelbaren Bedürfnisse im Auslande eine Anleihe aufzunehmen, und zwar in dem Betrage und mit dem Vorrang, als die Wiedergutmachungskommission für notwendig erachtet wird.

In dem Schlusssatz kommt der Oberste Rat zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. Es ist von der höchsten Bedeutung, daß möglichst bald in der ganzen Welt der Friedenszustand voll und ganz wiederhergestellt werde. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es wünschenswert:

- a) daß Frieden und normale wirtschaftliche Beziehungen in ganz Europa wiederhergestellt werden;
- b) daß überall die Armeen auf den Friedensstand reduziert, die Rüstungen auf das geringstmögliche mit der nationalen Sicherheit vereinbare Maß beschränkt und der Völkerverkehr ausgebaut wird, möglichst bald Vorschläge in dieser Richtung zu machen;
- c) daß die Staaten, die im Gefolge des Krieges geschaffen oder erweitert worden sind, rechtlos und freundschaftliche Zusammenarbeit wiederherstellen und für unbeschränkten Warenverkehr Sorge tragen, damit nicht die notwendige wirtschaftliche Einheit Europas durch die Aufrichtung künstlicher Wirtschaftsschranken beeinträchtigt werde.

2. Nicht nur die Regierung eines jeden Landes, sondern jeder einzelne, der am Produktionsleben beteiligt ist, sollte der Ausübung aller Maßnahmen seine Aufmerksamkeit zuwenden, die zur vollen Wiederaufnahme friedlicher Industrietätigkeit, zur Ermöglichung höherer Arbeitsleistung seitens der Arbeiter, zur Verbesserung der Maschinen und Transportmittel, sowie zur Ausgestaltung solcher störender Faktoren wie des Wuchers beitragen.

3. Jede Regierung sollte Mittel und Wege finden, um ihren Untertanen in jedem Lebensstadium die unerlässliche Notwendigkeit vor Augen zu führen, die Verschwendung zu unterdrücken und die Ausgaben einzuschränken, um so allmählich die Kunst zu überbrücken, die für einige Jahre zwischen Nachfrage und Angebot notwendiger Waren bestehen wird.

4. Es ist notwendig, daß frühzeitig Schritte getan werden, um die Abgangung (Deflation) des Kredits und des Papiergelds zu sichern, und zwar:

- a) durch die Beschränkung der wiederkehrenden Regierungsausgaben innerhalb der Grenzen der Einnahmen;
- b) durch die Aufhebung weiterer Steuern, soweit dies zur Erzielung dieses Ergebnisses notwendig ist;
- c) durch die Begründung kurzfristiger Obligationen durch Anleihen, die nicht auf die Erparnisse des Volkes zugeschnitten sind;
- d) durch die unmittelbare Beschränkung und allmähliche Verringerung des Notenumlaufs.

5. Da die Beschaffung von Rohstoffen für die Wiederherstellung der Industrie wesentlich ist, müssen Mittel gefunden werden, die es denjenigen Ländern, die bei der gegenwärtigen Lage des internationalen Debitenmarktes nicht auf dem Weltmarkt kaufen können und deshalb nicht in der Lage sind, ihr Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ermöglicht, Handelskredite zu erlangen.

6. Die auf der Konferenz vertretenen Mächte erkennen die Notwendigkeit dauernder Zusammenarbeit unter den Alliierten auch nach der Richtung an, daß Hindernisse, die dem freien Austausch der notwendigen Waren entgegenstehen, beseitigt werden.

7. Es ist klar, daß die hohen Summen, die zum Wiederaufbau der verwundeten Gebiete erforderlich sind, nicht aus laufenden Einnahmen bestritten werden können; es kann auch nicht mit dem Wiederaufbau gewartet werden, bis die von Deutschland geschuldete Wiedergutmachung gezahlt ist. Unter diesen Umständen erkennen die Mächte an, daß die zu diesem Wiederaufbau erforderlichen Kapitalsummen am besten durch Markanleihen vor den im Friedensvertrag vorgesehenen Wiedergutmachungszahlungen aufgebracht werden und daß die Beschränkungen, die sie sonst neuen Anleihen auferlegt sehen möchten, keine Anwendung finden auf Anleihen und Kredite, die aufgenommen werden, um diesem abnormen Kreditbedürfnis zu begegnen.

8. Die Mächte stimmen darin überein, daß es sowohl im Interesse Deutschlands wie seiner Gläubiger wünschenswert ist, daß die Gesamtsumme der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachung so bald wie möglich festgesetzt wird. Sie bemerken, daß im Protokoll zum Friedensvertrag eine Frist von vier Monaten von der Unterzeichnung des Vertrages an vorgezogen war, während welcher Deutschland das Recht haben sollte, Vorschläge hinsichtlich der Höhe dieser Gesamtsumme zu machen. Sie stimmen darin überein, daß diese Frist unter den heutigen Umständen verlängert werden muß.

Der Völkerverbund.

Wilson schrieb laut Oberstaatssekretär an den Senator Hitchcock: Die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten als Nation sei sehr riesig, und wenn er Gelegenheit hätte, würde er alle, die es angehe, bitten, die Frage des Beitritts zum Völkerverbund mehr von einem Gesichtspunkt zu erwägen, daß es möglich sei, die Angelegenheit für die Menschheit zu Ende zu führen, als von dem Gesichtspunkt eigener nationaler Interessen.

Ein deutsch-französisches Schiedsgericht. Das gemischte Schiedsgericht zur Schlichtung zivilrechtlicher Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen, das der Friedensvertrag von Versailles vorsieht, hat sich gebildet und wird am Mittwoch nächster Woche eine feierliche Eröffnungssitzung abhalten. Das Schiedsgericht umfaßt vier Abteilungen, die je von einem von Neutreu noch zu bestimmenden Vorstehenden sowie je einem deutschen und einem französischen Schiedsrichter besetzt werden. Als deutsche Richter werden hiesig u. Richterhofen, Justizrat, Leipzig; Fritz Gordin, Rechtsanwalt, Dresden; Dr. Hermann, Justizrat, Düsseldorf, und Justizrat Wiegand, München.

Das Schicksal der Türkei. Telegramm meldet aus London, daß die Alliierten-Konferenz sich von neuem mit der türkischen Frage beschäftigt hat. In den Beratungen nahmen Marine- und Flotten-Autoritäten teil. Die Lage in der Türkei scheint besorgniserregend zu sein. Laut Times kann man am Vorabend kriegerischer Ereignisse in der Türkei stehen. Die vom Obersten Rat abgeordnete Beratungen deuten darauf hin, Mustafa Kemal Pascha solle versucht haben, mit Arabern in Syrien in Verbindung zu treten. — In einer Rede erklärte Aquith: Die Alliierten müssen die Türkei strafen und verhindern, daß ihr es ermöglicht wird, ihre Verbrechen zu wiederholen. Den Türken muß die Regierungsgewalt genommen werden.

Das dem Deutschen Meeres.

Gespannte Lage in der Palz. Infolge der wachsenden Unruhe in den polnischen Industriestädten, die durch die Lebensmittelknappheit verursacht ist, haben die französischen Besatzungstruppen in Lodz Schüsse, Speyer und Kaiserslautern Befehl erhalten, sich vorläufig in den Kasernen alarmbereit zu halten.

Deutschland.

Die Präsidentenwahl. Die Germania schreibt zu der Meldung, daß die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beschließt, ihr: Forderung, daß der Reichspräsident vom Reichstag gewählt wird, wider einzubringen, u. a.: Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß manche Bedenken gegen die Wahl durch das Parlament vor. Im Zentrum dürfte man jedenfalls nicht ganz ohne Bedenken geneigt sein, die Hand zur Verfassungsänderung zu legen.

Polnische Uebergriffe. Aus vielen Orten östlich des polnischen Korridors laufen bittere Berichte über die Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Polen ein. Seit einigen Tagen werden Briefe, die aus Deutschland kommen, einerlei woher, selbst eingeschrieben, in Dresden angehalten und von der Zensur geöffnet. Es herrscht die größte Erregung darüber.

Republik Österreich.

Die Roten in Wien. Dem Berl. Bilanz zufolge wurden in Wien in der letzten Februarwoche 453 Kinder geboren; es starben 1102 Personen. Keine konstante Woche wie bis dahin eine gleich entgegengesetzte Statistik auf.

Frankreich.

Die Streikbewegung. Barthelemy berief nach der Humanität die bürgerlichen Parteien zu einer Beratung darüber zusammen, das Streikrecht zu umrösten. — Laut Zentralorgan hat der Handelsminister Jourdain der Kammer einen Gesetzentwurf über die endgültige Regelung der Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern eingelegt. Danach darf in keinem Handels-, Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieb die Arbeit nicht eingestellt werden, bevor nicht in einem genau umschriebenen Verfahren Einigungsverhandlungen stattgefunden haben, die mit einem Schiedsspruch enden müssen. Ged. und Frei-

Der Landrat
J. B.:
Scheuer.

Katholische Väter und Mütter!

Am kommenden Sonntag, den 14. März finden die Elternbeiratswahlen für die Emser Volksschulen statt.

Wählt unsere katholischen Listen!

Laßt euch nicht irre machen von Unberufenen, welche uns in dieser Sache Einseitigkeit oder Uebertreibung vorwerfen! Laßt euch nicht einschläfern durch die fromm tönende Schlummerflöte der Sozialdemokratie!

Der Elternbeirat hat laut Ministerialerlaß unter anderm auch Einfluß auf

die geistige und sittliche Ausbildung eurer Kinder!

Seine Zuständigkeit wird sich noch erweitern.

Der Ausfall der Berliner Wahlen, wo 956 sozialistische gegen nur 356 christliche Beiräte gewählt worden sind, zeigt am besten die Bedeutung dieser Wahlen.

Kein Katholik kann einer Liste seine Stimme geben, auf der ein Sozialdemokrat steht.

Denn die Sozialdemokratie erstrebt laut eigenem Bekenntnis „auf religiösem Gebiet den Atheismus“. Sie will die „weltliche, die religionslose Schule“. Durch die „richtige (d. h. sozialistische) Erziehung will sie die Religion beseitigen.

Katholische Eltern!

Durch mächtige Willenskundgebungen habt ihr nach der Revolution zusammen mit den positiv gläubigen Eltern evangl. Bekenntnisses einem Adolf Hoffmann Einhalt geboten, dem sozialdemokratischen Minister Haenisch Zügel angelegt. Ihr wißt, was diese „Kulturförderer“ sich herausnehmen werden gegen das christliche Volk, wenn ihr euch schwach oder lässig zeigt.

Der Kampf der Weltanschauungen, sagte unser Windthorst, wird auf dem Gebiet der Schule ausgefochten werden.

Die Elternbeiratswahlen sind die **Erkundungsschlacht** in diesem Kampf.

Katholische Eltern! Ihr habt das Recht und die heilige Pflicht, eine Schule und einen Schulbetrieb zu verlangen, der die Fortführung eurer Erziehungsarbeit in der Familie gewährleistet.

Es handelt sich um das zeitliche und ewige Wohl eurer Kinder, eures heiligsten Besitztums, das man ebenso gedankenlos wie wirtschaftliche Betriebe verstaatlichen will.

Dagegen wehrt euch! Wahrt euer Recht!

Beweist durch eure Stimmabgabe, daß die sinnlos anstürmenden Wogen des Umsturzes sich an dem unerschütterlichen, glaubenstreuen Willen der kath. Elternschaft brechen werden.

Katholische Mütter! Katholische Väter!

Ihr seid verantwortlich für den moralischen Wiederaufbau unseres verheerten Vaterlandes. Dieser ist nur möglich durch eine christliche Erziehung und Schule.

Wählt daher die katholischen Listen, die Männer und Frauen eures Vertrauens, die ihr selbst aus eurer Mitte bestimmt habt!

Wahlberechtigt ist Vater und Mutter, deren Kind bezw. Kinder eine der hiesigen Volksschulen besuchen oder zu Ostern besuchen werden. Eltern, die Kinder an verschiedenen Schulen haben, wählen an beiden Schulen. Auch Adoptiveltern wählen.

Die Eltern der **Schiller-Schule** (früher untere Schule) wählen:

nachmittags von 1—4 Uhr.

Wahllokal: Schillerschule.

Liste: Alois Bayen.

Die Eltern der **Stein-Schule** (früher obere Schule) wählen:

nachmittags von 2—6 Uhr.

Wahllokal: Steinschule.

Liste: Jakob Ernst.

Die Eltern der **Ernst Born-Schule** (früher Hütten-Schule) wählen:

nachmittags von 12—3 Uhr

Wahllokal: Ernst Bornschule.

Liste: Josef Kaufmann.

Katholische Eltern! Kommt alle, Vater und Mutter zur Wahlurne! Bringt eure Stimmzettel mit!

Die katholische Schulorganisation

Dietschuppe Bad Em.

Restaurant Maxheimer Diez

Den verehrlichen Bewohnern von Diez und Umgegend zur gef. Kenntnis, daß ich das Restaurant käuflich an Herrn

H. Arscheid

abgetreten habe und derselbe nun auch die Konzession zum Wirtschaftsbetriebe erhalten hat. Ich danke für das mir seither erwiesene Wohlwollen und bitte dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen.

Frau W. Maxheimer Ww.

Bezugnehmend auf obige Mitteilung, wird es mein Bestreben sein, meine wertvollen Gäste in jeder Weise zufrieden zu stellen. Für gutes Bier — Frankfurter u. Kulmbacher Pilsbier — ff. Weine, sowie kalte und warme Speisen werde stets Sorge tragen.

Halte mich hiemit bestens empfohlen.

Heinrich Arscheid,

früh, Aumetz (Lothr.) „Restaurant zur Post“

Geschäfts-Empfehlung.

Der Mitinhaber unseres Geschäfts, Herr **Fritz Prinz, Diez** ist aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, und sind wir in der Lage, sämtliche einschlägige Arbeiten und Lieferungen in altbewährter Weise wieder auszuführen.

Wir empfehlen

uns in der Ausführung elektr. Licht- u. Kraftanlagen im Anschluß an die Ueberlandzentrale, sanitäre Anlagen, Gas- u. Wasser Installation, Prüfung u. Neuanlage von Blitzableitern nach dem neuesten System, sowie sämtliche Klempnarbeiten.

Wir liefern:

Elektromotoren in Kupferwicklung, sämtl. Maschinen für Haushaltung, Gewerbe und Landwirtschaft. Badeeinrichtungen usw.

Reparaturen werden prompt und billig ausgeführt.

Gebrüder Prinz, Diez a. d. L.

Technisches Installationsgeschäft.

Holzversteigerung.

Am Dienstag, den 23. März 1920, vormittags von 11 Uhr an, werden in dem Distrikt

Grubenweg 80

des hiesigen Stadtwaldes folgende Hölzer öffentlich meistbietend versteigert:

128 Eichenstämme

(Gesamtholz 172,55 fm., Mitteldurchmesser von 27 bis 71 cm.)

11 Rm. Eichenlärchenholz.

Der Distrikt ist in 10 Minuten von dem 1. Stunde von Em. und 25 Minuten von der Kreisbahnstation Zollbrunn (Kleinbahn Braubach-Raststätten), entfernt. Interessenten Oberlahnsteiner Forsthaus zu erreichen und ist Förster Schwetzer daselbst jederzeit bereit, die Hölzer vorzuzeigen.

Zusammenkunft zu der Versteigerung in dem genannten Tage vormittags 10½ Uhr am Oberlahnsteiner Forsthaus.

Oberlahnstein, den 10. März 1920.

Der Magistrat.
de Boyß.

: Wohnhaus :

mit Hofraum, Lindenstr. 2, Em., sofort zu verkaufen. Näheres bei Heinrich Gerhardt in Nievern.

Wir kaufen laufend
Ziegenfelle
G. L. Schen & Co.,
Cöln-Mülheim, Wilmers-
straße 4.

Altpapier

zum Einrumpfen

läuft zu höchsten Preisen

Düren Papier und

Papierwaren

Georg Tewes,

Düren, Postfach 119.

Abend- und Nacht
bis 100 M. u. o. auf 3. Hand, ohne
Borke, u. ff. M. auf 1. H.
N. 8. W. 8. 40. 0. m. b. H.
Berlin-Lichterfelde, Postfach 340

Vertreter

bei Produkten u. Kolonialwaren-Edeln.
eingeführt, zum Vertrieb zweier
neuer gut gangbarer Artikel gef.
Off. u. W. 8. 40. an d. Gsch.

Landbaurische
gründet 1870
Buchdlig. Kirchberger,
Em.

Viele vermög. Damen
wollen sich bald glückl. verheir.
Berren, auch ohne Vermög. erh.
sol. Auskunft durch [71]
Paul Pals, Berlin O. 112.

Kaufe ganze Einrichtungen
sowie Möbel aller Art
zu d. n. höchsten Preisen.

Georg Janzhaber,
Soblenz, Biernspitzen-
gasse 5, a. d. Diebsteuergasse.
Telefon 592. Karte genügt.

Bettmöbilen!

Beförderung sof. rt. Alter u. Ge-
schlecht anseh. An- u. abn. mit
lokal. Kist. r. Buchstaben u. Nummern.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Em.

Kath. Kirche.

4. März: Sonntag, 14. März
11. März: in der Kirche
6½ Uhr (Vorg.)

8 Uhr: Ein ergötzt u. H.

10½ Uhr: Sonntag (Vorg.)

in der Kapelle des Marien-
klosters 6 Uhr:

in der alten Kirche 8 Uhr.

9. März: 11½ Uhr: Gottesdienst

zur Bekehrung

2. März: Bekehrung des Dritten

Donnerstag 11. März: in

der Kapelle des Marien-
klosters

3½ Uhr: Versammlung d. Agnes-

vereins.

5. März: Festpredigt u. Andacht

8 Uhr: Bekehrung des Dritten

Donnerstag 11. März: in

der Kapelle des Marien-
klosters

3½ Uhr: Versammlung d. Agnes-

vereins.

Donnerstag 11. März: in

der Kapelle des Marien-
klosters

3½ Uhr: Versammlung d. Agnes-

vereins.

Freitag 12. März: 7½ Uhr: Kreuzweg.

Hof von Holland, Diez.

Sonntag den 21. März, 8 Uhr abends

Kammer-Musikabend.

Mitwirkende:

Frl. Tilly Hesse, (Sopran) Cöln,

Herr Toni Wehr, (Bariton) "

Herr Walter Thomas (Violine) "

Herr Heinz Steinkrüger, (Klavier) "

Werke von Beethoven, Mozart,

Lieder von Schubert, Schumann, Brahms usw.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf im Hof von Holland
und Buchhandlung Ph. H. Meckel
Sperrsatz M. 5.—, I. Platz M. 4.—, II. Platz M. 2,50.

— An der Abendkasse 1 Mark Aufschlag. —